

## Hurra-Multilateralismus

von Gunther Hellmann ©

10. November 2001

Wenn der Bundestag in der nächsten Woche seine Zustimmung zu den Bundeswehrbereitstellungsplänen der Bundesregierung gibt, dann wird Deutschland zweifelsohne einen weiteren historischen Einschnitt nach einem an derartigen Schnitten nicht gerade ereignisarmen Jahrzehnt markiert haben. Daß deutsche Soldaten dann zum ersten Mal seit Hitlers Zeiten jenseits Europas an einem Krieg beteiligt sein werden, verdient allerdings nur vordergründig die Bezeichnung "Zäsur" (oder, wie Guido Westerwelle sich überschlug, "vielleicht sogar die Bezeichnung 'historische Zäsur'"). Viel einschneidender ist, was sich im Hintergrund abspielt. Nachdem die "Zivilmacht" schon auf dem Balkan mehrere Infarkte erlitten hatte, haben ihr Bin Laden und Schröder nun den Rest gegeben. Am kommenden Donnerstag wird sie sang- und klanglos eingeäschert werden. In der schummrigen Stimmung des Leichenschmauses wird kurz des Durchbruchs zur vollen Normalität gedacht werden können, denn nun sind ja wieder Opfer für "das staatspolitisch Notwendige" (G. Schröder) zu erbringen. Viel Zeit zum Innehalten wird allerdings nicht bleiben.

Wie wenig wir ahnen, was uns jetzt bevorsteht, zeigt ein Satz in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom vergangenen Donnerstag. Er findet sich zwar nicht im offiziellen Redemanuskript auf der homepage der Bundesregierung. Dort wird aber zurecht auf "das gesprochene Wort" verwiesen wird, das "gilt". Der Blick ins Plenarprotokoll des Bundestages ([www.bundestag.de/pp/198/index.html](http://www.bundestag.de/pp/198/index.html)) klärt auf, was dem Kanzler in den Sinn kommt, wenn er vom Manuskript seiner Berater und Redenschreiber abweicht: "Es geht nicht um irgendeine außenpolitische Strategie", meinte er in Anspielung auf jene, die ihm vorhielten, er habe den Amerikanern deutsche Streitkräfte in einem Anflug von weltpolitischem Größenwahn geradezu aufgedrängt. Nein, "es geht um die Vertretung der eigenen Interessen". Daß Schröder hier einen Gegensatz zwischen "Strategie" und "Interessen" konstruiert, war sicherlich nicht so gemeint. Wenn man sich aber genauer ansieht, wie Deutschland in diesen Krieg gegen den Terror hineinschlittert, ist mehr dran als man auf den ersten Blick sieht, denn von einer außenpolitischen Strategie, die klare Ziele und Wege zu ihrer Verwirklichung benennt, kann in der Tat nicht die Rede sein.

Die Rhetorik der Realpolitik, die auch vor den militärischen Konsequenzen der "gewachsenen weltpolitischen Verantwortung" nicht zurückschreckt, hat Schröder seit seinem Amtsantritt genauso gepflegt wie die herablassende Rede über das außenpolitische Nischendasein der Bonner Republik, die sich dem Ernst der Weltpolitik noch entziehen konnte. Natürlich müssen wir Bündnissolidarität mit den USA üben und die Solidarität hinsichtlich des gemeinsamen Ziels, Bin Laden und seinem Terror das Handwerk zu legen, sollte auch uneingeschränkt sein. Aber gerade wenn man sich realpolitisch mit "nationalen" Interessen brüstet und wieder die geopolitische "Positionierung Deutschlands" im internationalen System als außenpolitisches Motiv einführt (wie Schröder dies bereits am 11. Oktober in das Redemanuskript einer Regierungserklärung hineingeschrieben bekam und damals auch vortrug), gerade dann könnte man ja eine hilfreiche Unterscheidung beachten zwischen einer uneingeschränkten Solidarität hinsichtlich des gemeinsamen Zieles und einer notgedrungen eingeschränkten oder "kritischen" Solidarität hinsichtlich der einzusetzenden Mittel. Die rhetorischen Stilmittel, die man dafür braucht, hat der Grünen-Vorsitzende Kuhn nur in Ansätzen genannt. Kritische Solidarität ist nicht nur erforderlich, weil dies die Legitimationsketten unserer Demokratie nahelegen. Sie ist auch zulässig, weil wir mit den USA ein Bündnis von Demokratien bilden, in dem bestimmte Spielregeln inter-demokratischer Deliberation beachtet werden sollten.

Eine Strategie, die uneingeschränkte Ziel- und kritische Mittelsolidarität verknüpft, ist auch

deshalb angezeigt, weil sie Illusionen vorbeugt. Von solchen wimmelt es derzeit in oppositionellen wie in Regierungskreisen. Da ist zum einen die Vorstellung, man könne merklichen Einfluß auf die USA oder gar deren Kriegsführung ausüben. Ähnliche Illusionen gab es auch während des Kosovokrieges. Daß sich zum damaligen Zeitpunkt – und in einem aus amerikanischer Sicht eigentlich marginalen Krieg – die Clinton-Administration fast durchgängig über die Wünsche der Verbündeten hinwegsetzte, läßt erahnen, was bevorsteht, wenn der schlimme, aber nach Einschätzung amerikanischer Geheimdienste wahrscheinliche Fall eintritt und weitere Terroranschläge gelingen. Die Rhetorik der uneingeschränkten Solidarität, mit der Schröder sich selbst und seinen Koalitionären unmittelbar nach dem 11. September die Hände band, könnte sich bald als Bummerang erweisen. Über “entrapment”, das unbeabsichtigte Hineinschlittern in eine Bündnisfalle als Folge allianzpolitischer Versprechungen, haben in den letzten Jahrzehnten vor allem die akademischen Strategen in den USA nachgedacht. Nach dem 11.9. hat sich die bündnispolitische Risikoverteilung allerdings umgekehrt. Wer sich daher heute in Deutschland als militärstrategischer Realpolitiker des “nationalen” Interesses profilieren und nicht nur im Sinne koalitionsarithmetischer Realpolitik als Machterhaltungsstrategie glänzen will, der muß jede außenpolitische Entscheidung genauso von einem erwünschten Ende her denken wie von einem möglichen “worst case”. Für beides brauchen wir mehr Phantasie als derzeit sichtbar ist.

Zu den Illusionen deutscher Regierungsstrategen gehört auch, daß die Solidarität der deutschen Bevölkerung mit ihrer politischen Führung uneingeschränkt ist. Daß mittlerweile eine Mehrheit der Deutschen für einen Bombenstopp ist, kann noch als letztes Zucken zivilmächtiger Instinkte gedeutet werden. Wenn in Zukunft aber ein im deutsch-amerikanisches Kriegsbündnis der politischen Eliten der volle Zorn des allenthalben spürbaren Antiamerikanismus treffen sollte, könnte jede Bundesregierung schnell in eine innenpolitisch untragbare Situation geraten. Ein Ausscheren aus dem Bündnis oder die Nichteinhaltung von Versprechungen könnte dann weit verheerendere Folgen haben als eine Politik uneingeschränkter Ziel- und kritischer Mittelsolidarität heute.

Wenn die Deutschen, wie der Kanzler schon seit längerem meint, außenpolitisch tatsächlich “erwachsen” sind und auch ein entsprechend gewachsenes “Gewicht” in die Waagschale weltpolitischer Zählappelle unter den Großmächten werfen können, dann könnten sie sich heute auch manchen Luxus leisten, den sie sich früher unter der Vormundschaft der “Alliierten” versagen mußten. Natürlich entschlüpfen wir nur sehr ungern der Nestwärme multilateraler Zufluchtpolitik. Die vielfältigen “Sonderwegs”-Traumata wirken hier nach – und sie werden auch gerne von den heutigen Hurra-Multilateralisten für Zwecke instrumentalisiert, die den früheren Einbindungsgedanken ins Gegenteil verkehren. Die Bonner Republik birgt aber nach wie vor so manche Lektion, die es wert ist gerade auch in einer Berliner Republik aufgehoben zu werden, die sich anschickt, im Konzert der Groß- und Weltmächte wieder mitzuspielen. “Abnützungsmultilateralismus” nannte Timothy Garton Ash ein wichtiges außenpolitisches Erfolgsrezept der Bonner Republik – das geduldige und zähe Bohren dicker Bretter im deutschen Interesse. Weil sie die “Kultur der Zurückhaltung” satt haben, nähren die Berliner Großmachtstrategen von heute zu gern den Mythos einer selbstbewußtlosen Bonner Republik. Sie wollen verkennen, wie geschickt die alten Bundesrepublikaner deutsche Interessen verwirklichten, als sie geduldig bohrten und nicht darüber sprachen. Kluge Realpolitik besteht in der Eröffnung, nicht in der Schließung von Optionen. Was im Moment geschieht, kommt einer außenpolitischen Torschlußpanik gleich. Krieg, zumal ein solcher gegen Terroristen, soll heute keine “ultima irratio” mehr sein, von der Willy Brandt im November 1990 angesichts des sich abzeichnenden konventionellen Krieges gegen Saddam Hussein noch sprach. Der damalige Fraktionsführer der hessischen Grünen, Joschka Fischer, klatschte kräftig Beifall. Auf die Frage, ob man denn Kohl nicht “überfordern” würde, wenn man von ihm verlangte, “sich frontal gegen die Amerikaner und Engländer zu stellen”, sagte Fischer im Januar 1991 nur: “Kohl ist Kanzler und als solcher bedeutungsvoll, er hat die demokratische Legitimation.” Heute ist Krieg wieder

die ultima ratio, zu der zu greifen die Staatsräson den Kanzler zwingt. Der Drang des Verdrängens der internationalistischen Vergangenheit kommt aber nicht nur von außen. Die Amerikaner jedenfalls sind mindestens genauso überrascht wie erfreut darüber, wie weit diese am weitesten links stehende Regierung, die die Deutschen seit den Anfängen der Weimarer Republik derzeit haben, doch gehen will. Die Rede von der "Gleichberechtigung" mit den anderen, zuvorderst als ständige Mitglieder im UN-Sicherheitsrat sitzenden Großmächten übt einen unwiderstehlichen Reiz auf die Außenpolitiker um Schröder aus. Unter dieser Formel wurde schon von Adenauer die Wiedereingliederung in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg betrieben und auch die außenpolitischen Dilletanten Kaiser Wilhelms meinten damit den Anspruch auf einen "Platz an der Sonne" rechtfertigen zu können.

Kluge Realpolitik heißt heute, daß man sich der Lektionen der Zivilmacht vergewissert und Optionen offen hält, ohne es an Bündnissolidarität mangeln zu lassen. Eine dieser Optionen, die zudem in der bundesrepublikanischen Tradition der parlamentarischen Kontrolle des Militärs steht, liegt darin, daß der Parlamentsvorbehalt restriktiv ausgelegt wird. CDU/CSU, FDP und Teile der Grünen fordern – wenn auch aus unterschiedlichen Motiven – die Verkürzung des Mandats von zwölf auf sechs Monate. Auch wenn dies in erster Linie innenpolitisch motiviert sein mag, ist dem auch einiges unter außen- / realpolitischen wie auch unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten abzugewinnen. Je stärker das Parlament in die militärischen Entscheidungen involviert bleibt, desto größer sind die "exit"-Optionen, die sich für den Fall eröffnen, daß aus unerwünschten Verwicklungen ein auswegloses "entrapment" entsteht. Statt sich exekutiv die Hände gegenüber den Verbündeten zu binden, könnte man sich mit einem zeitlich enger befristeten Mandat legislative Fesseln anlegen, die, wenn es die Situation erlaubt, gewiß auch wieder gelockert werden könnten. Dies hätte zudem den Vorteil, daß eine deutlich sichtbarere Rückbindung an den Souverän vorhanden und damit die Gefahr der Erosion innenpolitischer Unterstützung vermieden wird. Daß Parlamente "nicht außenpolitisch denken" können, wie der CDU Außenpolitikexperte Karl Lamers im Zusammenhang mit der Debatte über den Mazedonieninsatz der Bundeswehr sagte, ist nicht nur von Nachteil. Denn gerade dies zwingt die außenpolitischen Experten, in verständlichen Worten zu erklären, warum das Leben deutscher Soldaten riskiert werden muß.

*Der Verfasser ist Professor für Politikwissenschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität  
Frankfurt am Main*